



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
6. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 05.12.2013
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Manfred Wiedemann

CDU
Herr Reinhard Hasler
Herr Heinrich Kissing
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP
Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann

Frau Julia Freundl
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig
Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten

Herr Ralf Eisenhardt
Frau Susanne Middendorf
Herr Martin Wiegelmann

Der **Bürgermeister** begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 7 bis 10 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen.	097/2013
3	Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2014	098/2013
4	Abfallentsorgung hier: Elfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	099/2013
5	Friedhofs- und Bestattungsgebühren 2014	100/2013
6	Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste (Kirmessen) des Jahres 2014	110/2013
7	Bestätigung des Gesamtabschlusses 2012	114/2013
8	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014	113/2013
9	Haushaltssatzung für das Jahr 2014	108/2013

10	Umstrukturierung der Kamener Stadthalle; Änderung des Gesellschaftsvertrages	109/2013
11	Einführung von Anwohnerparken in Straßen mit eingeschränkten Parkmöglichkeiten hier: Antrag der CDU-Fraktion	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Beförderung einer Beamtin	112/2013
2	Höhergruppierung eines Tariflich Beschäftigten	111/2013
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
4	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.
097/2013

Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Städte Kamen und
Bergkamen sowie der Gemeinde Bönen.

Herr **Hasler** hatte zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6 zur Vorbereitung
der Fraktionsberatungen Verständnisfragen. Seine Fragen zu den einzel-
nen Gebühren wurden durch die Verwaltung im Einvernehmen mit Herrn
Hasler nach der Sitzung erörtert.

Zu TOP 3.
098/2013

Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2014

siehe TOP 2

Zu TOP 4.
099/2013

Abfallentsorgung
hier: Elfte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über
die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

siehe TOP 2

Zu TOP 5.
100/2013

Friedhofs- und Bestattungsgebühren 2014

siehe TOP 2

Zu TOP 6.
110/2013

Gebührensatzberechnung für Wochenmarktveranstaltungen und Volksfeste
(Kirmessen) des Jahres 2014

siehe TOP 2

Zu TOP 7.
114/2013

Bestätigung des Gesamtabschlusses 2012

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 8.
113/2013

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 9.
108/2013

Haushaltssatzung für das Jahr 2014

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 10.
109/2013

Umstrukturierung der Kamener Stadthalle;
Änderung des Gesellschaftsvertrages

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 11.

Einführung von Anwohnerparken in Straßen mit eingeschränkten Parkmöglichkeiten
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Hasler** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Er wies auf die Probleme der Anwohner hin, da nur begrenzte Parkmöglichkeiten in der Innenstadt vorhanden wären. Er bat die Verwaltung, die Einführung von Anwohnerparkplätzen zu prüfen.

Herr **Brüggemann** empfahl den Ausschussmitgliedern den Antrag abzulehnen. Er erläuterte seine Entscheidung damit, dass zum einen umfangreicher Parkraum für die Anwohner zur Verfügung stünde und zum anderen durch Anwohnerparkausweise der Parkdruck in den umliegenden Bereichen verstärkt werde. Diese Anwohnerparkausweise seien zudem auch kostenpflichtig (Gebühr 30 € im Jahr). Weitere Problempunkte seien Beeinträchtigungen für Besucher, u.a. auch mit möglichen Einschnitten in soziale Kontakte. Er verwies auf die umfangreichen Analysen zur Erörterung über die Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Herr Brüggemann berichtete von den positiven Reaktionen bei der Errichtung von Parkzonen in der Straße „Am Schwimmbad“. Im Umfeld des Krankenhauses seien neben den

gebührenpflichtigen weitere Parkplätze. Im Mechelnkamp seien 22 parkende Autos gezählt und überprüft worden. Davon seien 7 Autos von Anwohnern, 3-7 von Bediensteten des Krankenhauses und der Rest anderen Personen zuzuordnen gewesen. Dies sei nicht besorgniserregend, so Herr Brüggemann. Der Sachverhalt sei ausreichend geprüft und schlüssig. Somit sei der Antrag abzulehnen.

Frau **Dyduch** erinnerte an die zurückliegenden Diskussionen zur Parkraumbewirtschaftung. Das Thema sei damals ausführlich analysiert worden. Sie verwies auf die Ausführungen von Herrn Brüggemann. Viel Bürokratie und ein hoher Verwaltungsaufwand seien nicht zielführend für Kamen. Sie wohne selbst in der Klosterstraße und berichtete, dass der Parkdruck nur saisonbedingt hoch wäre. Eine erneute Überprüfung der Verwaltung halte sie nicht für notwendig und unterstütze daher den Antrag nicht.

Herr **Kühnapfel** sah das Kernproblem bei der Einführung von Parkgebühren. Dies hätte einen höheren Suchverkehr nach kostenfreien Parkplätzen zu Folge. Er halte es aber für sinnvoll, Anwohnerparkplätze zur Verfügung zu stellen. Er sehe bei den Anwohnern ein berechtigtes Interesse. Demnach spreche er sich für den Antrag aus.

Der **Bürgermeister** betonte, dass man von einer Prüfung privilegierten Parkens in ausgewählten Bereichen absehen solle. Es würden für Anwohner 30 € Gebühren jedes Jahr anfallen. Der Parkdruck sei nicht nur in dem Bereich rund um das Krankenhaus mitunter hoch. Das treffe auch auf andere Innenstadtlagen und in den Ortsteilen zu. Hier sei die Präzedenzfallrelevanz insofern zu bedenken. Größeren Parkdruck sehe er z.B. im Bereich des Rathauses. Hier könnten Kunden und Personal privilegiert werden. Der Bürgermeister verwies auf die sehr komplexe Problematik.

Frau **Schaumann** sprach sich für einen Anwohnerparkausweis aus, der das Parken von über 3 Stunden ermögliche.

Herr **Grosch** teilte mit, dass seine Fraktion Die Linke/GAL seit Jahren ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung fordere. Seiner Meinung nach seien durch die privaten Parkplätze am Krankenhaus und durch das Parkhaus Kämmerstraße Gebühren durch die Hintertür eingeführt worden. Dies führe dazu, dass im Innenstadtbereich oder auch Am Schwimmbad der Parkdruck zunehme. Ihm fehle ein Konzept seitens der Verwaltung. Es gäbe vielfältige Möglichkeiten das Anwohnerparken zu organisieren. Er verwies dazu auf die Nachbarstädte. Er halte es für sinnvoll, rechtliche und finanzielle Möglichkeiten zu prüfen.

Der **Bürgermeister** hielt die Ausführungen von Herrn Grosch für nicht nachvollziehbar. Keine flächendeckende Bewirtschaftung des Parkraums zu haben sei nicht gleichzusetzen mit Konzeptionslosigkeit.

Herr **Hasler** sah eine Möglichkeit darin, die Anwohner länger als 3 Stunden parken zu lassen. Der Antrag seiner Fraktion sei nicht auf die Innenstadt begrenzt, sondern prinzipiell für Problembereiche in der Stadt. Er nahm erneut Bezug auf umliegende Städte. Die Argumente der Verwaltung seien ihm zu oberflächlich.

Herr **Lipinski** teilte mit, dass er eine generelle Parkraumbewirtschaftung ablehne. Die Suchverkehre nach kostenfreien Parkplätzen zeigten, dass die Akzeptanz für Bewirtschaftung nicht da wäre. Anwohnerparken halte er nur

in Städten für sinnvoll, in denen Bewirtschaftung betrieben werde, wie z.B. in Dortmund. Da die Verwaltung das Thema bereits hinreichend geprüft habe, sehe er keinen weiteren Untersuchungsbedarf.

Herr **Henning** berichtete, dass der Parkdruck im Bereich des Krankenhauses zeitweise chaotisch war. Dies lag z.B. an den Baumaßnahmen und der Bombenräumung. Die Situation habe sich wieder entspannt und es wäre kein Anwohnerparken erwünscht.

Herr **Kissing** machte deutlich, dass im Gegensatz zu anderen Städte, das Parken in Kamen paradiesisch wäre. Dies sei für den Einzelhandel sehr positiv. Er berichtete, dass die Parkhäuser nicht ausgelastet seien. Er wünsche sich ein einheitliches Modell bzgl. der privat bewirtschafteten Parkflächen und deren Tarife. Er habe die Hoffnung, dass sich aufgrund des demografischen Wandels die Situation in 10 Jahren entspannen werde.

Der **Bürgermeister** hielt den Ansatz von Herrn Kissing für nachvollziehbar.

Frau **Scharrenbach** teilte mit, dass eine Vereinheitlichung im Interesse der CDU sei. Sie bat die Verwaltung, auch vereinzelte Straßen/Bereiche prüfen zu lassen, wie z.B. in Methler. Auch an diesen Stellen müssten Regeln hinsichtlich zeitlicher Begrenzung etc. getroffen werden. Sie appellierte an die SPD, den Prüfauftrag zuzulassen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung von Anwohnerparkplätzen in Kamen zu prüfen. Das Ergebnis wird dem Haupt- und Finanzausschuss schriftlich zur weiteren Beratung und ggf. Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: mit 9 Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

12.1 Feuerwehr

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die Verwaltung mit dem Personalrat hinsichtlich der Abwicklung der offenen Frage zum Stundenausgleich für die Jahre 2002 – 2005 eine Einigung erzielt habe. Diese Einigung bestehe aus einer Kombination zwischen Geldleistungen und Freizeitausgleich. Die jeweiligen persönlichen Leistungen seien dabei abhängig von der Betriebszugehörigkeit im o.g. Zeitraum. Von dieser Regelung seien auch die nicht mehr aktiven Kolleginnen und Kollegen erfasst. Er dankte dem Personalrat und den Kolleginnen und Kollegen der Feuer- und Rettungswache für die konstruktive Mitarbeit, die diese Einigung möglich gemacht habe.

12.2 Arbeitszeit Feuerwehr/Rettungsdienst

Der **Bürgermeister** teilte mit, dass die 12-Stunden-Grenze nicht mehr überschritten werden dürfe. Daher sei ein neues Betriebsplanmodell in der Bearbeitung.

12.3 PUA vom 28.11.2013, Konkretisierung Finanzdaten Sportstätten

Herr **Tost** teilte mit, dass es sich in der BV 088/2013 bei den 4,15 Mio. € Einzahlungen um Bruttobeträge handele. Den 3,16 Mio. €, wie in der HSK-Position 66 angegeben, lägen vorsichtige Nettoberechnungen zu Grunde. Diese seien Erträge, die realistisch erwartet werden könnten. Allerdings müsse die Detailplanung abgewartet werden, um möglicherweise die Zahlen im HSK in der Höhe noch anzupassen.

12.4 Zeitungsartikel „Sesekeufer“

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass er die heutige Berichterstattung des Hellweger Anzeigers zum Thema „Sesekeufer“ als tendenziös und in der Betitelung ungeheuerlich empfinde. Eingebettet in ein Handlungskonzept habe man einen städtebaulichen Wettbewerb entwickelt. Eine Detailplanung sei bis heute noch nicht erarbeitet. Er rüge die Art der Berichterstattung und sei enttäuscht von der Presse. Er habe den Eindruck, dass der für diesen Artikel verantwortlich zeichnende Redakteur der Stadt nicht zugewandt sei und es ihm nicht gelinge, sich mit dem positiven Wachstum und den Entwicklungschancen zu identifizieren. Eine seriöse Berichterstattung begleite Stadtentwicklung in anderer Weise. Er begrüße die Gestaltung des Sesekeufers und die positive Entwicklung in der Stadt.

Anfragen

1. Anfrage

Herr **Grosch** nahm Bezug auf die in der letzten Ratssitzung beschlossene „ehw“ Thematik. Die Vorgänge seien in der Presse anders dargestellt worden, als in der Beschlussvorlage beschrieben. Er habe der Presse entnommen, dass die Staatsanwaltschaft Münster Untersuchungen angestellt habe. Er fühle sich nicht hinreichend über die Hintergründe der Kapitalerhöhung informiert. Er fragte an, welche Auswirkung dies auf die Bilanz der Stadt und der GSW habe.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass es keine Veränderungen der Bilanzpositionen der GSW und der Stadt gebe. Zu der Beschlussvorlage teilte er mit, dass sie wohl überlegt, sachgerecht abgestimmt und in allen ehw-Städten gleich formuliert gewesen sei. Zu den staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen berichtete er von Anfangsuntersuchungen vor den Sommerferien 2013. Daraufhin sei eine Sonderprüfung im Auftrag der Gesellschaft erfolgt. Das Ergebnis zeigte deutlich, dass weder Mitarbeiter noch Geschäftsführer der ehw beteiligt gewesen seien oder Kenntnis davon gehabt hätten. Hätte sich ein Anfangsverdacht bestätigt, wäre es zu keiner Beschlussvorlage gekommen. Die Vorlage sei von einem Anwaltsbüro formuliert worden und beschreibe den Sachverhalt hinreichend. Nach Risikoabwägung zur Liqui-

ditätssicherung als Vorsorgeposition diene die Entscheidung dem Schutz der Gesellschaft im laufenden Geschäftsbetrieb. Da die Stadt über die GSW im Beschaffungsgeschäft für Energie an der ehw beteiligt sei, sei das auch im Interesse der Stadt Kamen. Eine Illiquidität der ehw würde automatisch den Verlust aller gewährten Kredite, Bürgschaften und Avale bedeuten. Dieser Schaden habe abgewendet werden müssen.

2. Anfrage

Herr **Kissing** fragte nach, wann der Abriss des ehemaligen Hertiehauses begänne.

Herr **Liedtke** antwortete, dass die Genehmigung erteilt wäre und der Abriss im Jahr 2014 stattfände.

gez. Hermann Hupe
Vorsitzender

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführerin